

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dortmund besetzt.

Welfenkirchen, 16. Januar. (TL.) Die Stadt Wanne ist nunmehr von 1300 französischen Soldaten mit 30 Offizieren besetzt worden. Der für das gesamte Industriegebiet ungemein wichtige Industriehafen von Wanne ist von den Okkupationstrupps besetzt worden.

Essen, 16. Januar. (TL.) Die französischen Vorkampfruppen, die gestern abend noch bei Revinges, Barop, Marten und Eidinghofen wenige Kilometer vor Dortmund standen, haben sich heute in Marsch gesetzt. Die ersten französischen Truppen für Dortmund werden allerdings mit der Eisenbahn eintreffen. Der erste Militärzug hat um 11 Uhr vormittags Langendreer verlassen, wird gegen 12.30 Uhr Dorstfeld erreichen und in den ersten Nachmittagsstunden in Dortmund eintreffen. Es verlautet, daß die Franzosen die bestimmte Absicht haben, die Besetzung noch über Hamm hinaus auszudehnen.

Die Arbeiterschaft des noch unbesetzten Hamborn hat die aus dem Osten kommenden Lebensmittelzüge für das Ruhrgebiet angehalten, damit die Lebensmittel nicht in die Hände der Franzosen fallen. Wenn die Franzosen das von ihnen besetzte Gebiet nicht mit Lebensmitteln versorgen, besteht die Gefahr einer baldigen Nahrungsmittelnot. Die Erregung der Bevölkerung, besonders auf dem flachen Lande, wächst von Stunde zu Stunde, weil die Franzosen rüchichtslos requirieren. In erster Linie Stroh, von dem infolge der schlechten Ernte ohnehin nur geringe Mengen vorhanden sind. Die starke Erregung läßt weitere blutige Zusammenstöße mit den Besatzungstruppen befürchten.

Die Entscheidung über die gesamte Besetzungssaktion liegt jetzt in der Sitzung der Zehnervertreter, Arbeitnehmer und Franzosen, die heute nachmittag um 3 Uhr beginnen wird. Auf Befehl des Generalinspektors Coste hat der Regierungspräsident die verschiedenen Vertreter eingeladen, und man erwartet, daß nach heute schwerwiegende Entscheidungen fallen werden.

Zusammenstöße und Demonstrationen.

Essen, 16. Januar. (W.D.) Ueber den gestrigen Zwischenfall in Bochum, bei dem das erste Blut geflossen und ein hoffnungsvolles Menschenleben vernichtet worden ist, wird uns berichtet: Unter dem Eindruck der Besetzung durch die Franzosen fanden in Bochum spontane Kundgebungen statt, wobei die Menge singend durch die Straßen zog. Die Schupo war den Massen gegenüber machtlos. Es muß besonders betont werden, daß zurzeit der Anzüge der Belagerungszustand über Bochum noch nicht vorhängig war. Als ein durch die Königsallee kommender Demonstrationzug in die Nähe der französischen Posten bei dem Eisenbahndirektionsgebäude kam, feuerte die Wache mehrere blinde Schüsse, worauf die Menge in die Nebenstraßen flüchtete. In diesem Augenblick fielen teilweise der Franzosen völlig grundlos scharfe Schüsse, durch die ein junger Mann tödlich in den Rücken getroffen und ein anderer verwundet wurde. Infolge dieser Vorgänge ist die Erregung der Bevölkerung außerordentlich gestiegen. Durch die Straßen zogen heute vormittag große Massen, mit Empörung wird allenfalls von der gestrigen Bluttat gesprochen. Auch in Buer machte sich die Erregung über die Besetzung in Demonstrationen Luft. Stundenlang durchzogen Menschenmassen die Straßen. Der französische Kommandeur erließ jetzt eine Anordnung von unerhört scharfer Art: Ansammlungen auf der Straße werden nicht gebildet. Herausforderungen durch Singen legendlicher Lieder sind nicht gestattet. Auf Anruf hat jeder sofort stehen zu bleiben. Wird nicht sofort bei Haß Märschen, dann erfolgt Gebrauch der Schußwaffe. — Unter den Anwesenden befinden sich neue Truppenmassen aus Düsseldorf im Anrollen und die Besetzung weiterer Gebiete steht bevor. Zwar erklärte man heute früh noch bei der französischen Stelle, daß ein weiterer Vormarsch nicht geplant sei. Schon ist aber in Dortmund die amtliche Nachricht eingegangen, daß französische Truppentransporte heute mittag 12 Uhr auf dem Hauptbahnhof und um 1 Uhr auf dem Südbahnhof eintreffen werden, so daß also heute mittag Dortmund wie gestern mittag Bochum den „Siegreichen“ Einmarsch des französischen Militärs erleben wird. Schon wird auch gemeldet, daß sich Truppen in Richtung Hamm vorziehen.

In Essen ist alles ruhig. Mit Spannung wartet man auf die Dinge, die sich in der heute nachmittag um 3 Uhr in Düsseldorf stattfindenden Zusammenkunft der Vertreter der Zehnerverbände und der Arbeitnehmerorganisationen mit General Degoutte ereignen werden.

Französische Blätter verbreiten die Meldung, die deutschen Kohlenindustriellen hätten sich bereit erklärt, unter den am Sonntag abend angegebenen Bedingungen von morgen an die Kohlenlieferungen an Frankreich und Belgien wieder aufzunehmen. Nicht ein wahres Wort ist an dieser Meldung. Die Zehnerverbände haben ihren Standpunkt mit aller Eindeutigkeit festgelegt, und an dieser Stellungnahme kann kein militärischer Befehl etwas ändern, ohne die Genehmigung des Reichskohlenkommissars wird keine Tonne Kohle geliefert.

Der „B. J. am Mittag“ zufolge war der getötete fleißige Arbeiter ein Angehöriger der USPD, wie sich aus einer bei ihm vorgefundenen Mitgliedskarte ergab. Die durch Bauerschaft schwer verletzte ältere Frau soll im Sterben liegen.

Zusammenstöße.

Essen, 16. Januar. (TL.) In Steele ist es zwischen der Bevölkerung und der Besetzung zu Zusammenstößen gekommen. Dort wurde die von den Besatzungstruppen aufgelegte französische Fahne nach einer Stunde herabgerissen und zerfetzt.

Der Bürgermeister hatte sich deswegen beim Kommandanten der Truppen zu verantworten. In einem Anschlag gibt er dies zur Kenntnis und ermahnt die Bevölkerung Ruhe und Ordnung zu bewahren und vor allen Dingen jede Unbesonnenheit zu vermeiden. Bei der Besetzung von Buer kam es zu Kundgebungen, in deren Verlauf die Quartiere der Soldaten mit Steinen beworfen wurden. Auf Befehl des französischen Generals wurden die Soldaten aufgefordert, im Wiederholungsfalle von ihrer Waffe Gebrauch zu machen. Außerdem soll der betreffende Polizeidirektor bestraft werden.

Die Zehnerbesitzer und die Franzosen.

Essen, 16. Januar. (W.D.) Ueber den Verlauf der heutigen Verhandlungen der deutschen Zehnervertreter mit der französischen Kontrollkommission ist noch zu berichten, daß Dr. Späting namens der Thyssen-Zehnen die Frage erörterte, wie weit die französische Kommission befugt sei, auf private Unternehmungen nach dem Versailler Vertrag und nach dem Völkerrecht, soweit man von beiden heute noch sprechen könne, zwangsweise einzumischen. Hierfür sei der Wortlaut des Artikels 248 besonders wichtig, ein Artikel, gegen dessen Anwendbarkeit im vorliegenden Falle sich der deutsche Außenminister mit der bekannten Erklärung vom 2. Januar mit Recht wandte. Ganz abgesehen von dieser Auffassung, sei es aber für Privateigentum belangreich, festzustellen, daß Artikel 248 nur von der Haftung des Besitzes und der Einnahmequellen des deutschen Reiches und der deutschen Staaten spricht, privates Eigentum aber nicht aufführt. Zu dem gleichen Ergebnis komme man, wenn man das Völkerrecht zugrunde lege. Die Frage, welche Rechte die militärische Gewalt auf die besetzten gegnerischen Gebiete habe, sei im Haager Abkommen vom 18. Oktober 1906 geregelt, wonach Privateigentum zu beachten sei und nicht eingezogen werden dürfe. Diese Grundzüge hätten Anwendung zu finden, wenn eine militärische Besetzung feindlichen Gebietes im Landkrieg stattfände. Wie viel mehr müßte sie daher jedenfalls als Mindestmaß des Schutzes im vorliegenden Falle zur Anwendung kommen, wo die französische Regierung erkläre, durch die Besetzung des Ruhrgebietes kriegerische Maßnahmen nicht vorgenommen zu haben. Wie demnach der Düsseldorf General am Freitag von Konsultationen habe sprechen können, sei unverständlich.

Paris, 16. Januar. (C.C.) Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, fand gestern zwischen General Degoutte, General Journer und dem Generalinspektor der französischen Bergwerke Coste eine Besprechung statt, in der die nach der Ablehnung der deutschen Industriellen entstandene Lage geprüft und die Frage erörtert wurde, wie man trotz dieser Ablehnung die Lieferung von Reparationsstoffen sicherstellen könne. Die Bergwerksbesitzer des am Donnerstag und gestern besetzten Gebietes wurden für heute nachmittag 3 Uhr zu einer Besprechung aufgefordert, in der ihnen nach der französischen Mitteilung eröffnet werden soll, daß die französische Regierung jetzt nicht mehr ihren guten Willen in Anspruch zu nehmen brauche, sondern lediglich fordern werde. Der Beschluß des Generals Degoutte und des Generalinspektors Coste, die Bergwerke zu requirieren, habe zur Folge gehabt, daß gestern abend um 7.30 Uhr eine Mitteilung der Bergwerksbesitzer eingelaufen sei, in der diese sich zur Wiederaufnahme der Lieferung von Reparationsstoffen bereit erklärten, falls der Requirierungsbeschluß zurückgezogen werde. General Degoutte habe daher einen Ausschub der Requirierungen bis Mittwoch bewilligt, jedoch angekündigt, daß der Requirierungsbeschluß sofort in Kraft treten werde, falls die versprochenen Lieferungen nicht heute morgen einsehen würden.

Die Labour Party an die USPD.

London, 16. Januar. (W.D.) „Times“ meldet: Die englische Arbeiterpartei hat an die Deutsche Sozialdemokratische Partei ein Telegramm geschickt, worin sie ihre Sympathie für die durch die Besetzung des Ruhrgebietes so schwer geprüfte deutsche Arbeiterklasse ausdrückt.

(Bei Schluß des Blattes war das erwähnte Telegramm in Berlin noch nicht eingetroffen. Red.)

London, 16. Januar. (W.D.) Das Mitglied des Unterhauses Ch. R. Buxton wird am Donnerstag nach Deutschland reisen, um den deutschen Sozialisten die Sympathien der britischen unabhängigen Arbeiterpartei aus Anlaß der französischen Aktion im Ruhrgebiet zum Ausdruck zu bringen.

Protestkundgebungen in Elsaß-Lothringen.

Frankfurt a. M., 15. Januar. (W.D.) Der „Frankfurter Zeitung“ zufolge veranstaltete die Sozialistische Partei in Straßburg eine machtvolle Kundgebung gegen die Gewalttätigkeit Poincarés. Ähnliche Kundgebungen fanden in Mühlhausen im Elsaß sowie in Rombach in Lothringen statt.

Dollar 17000.

Markzusammenbruch.

Die Entwertung der Mark nimmt katastrophale Formen an. Im Vormittagsverkehr zwischen den Berliner Banken wurden bereits Dollarkurse von 17000 erreicht. Im offiziellen Verkehr an der Börse stellte sich der niedrigste Kurs auf 15300. Gegen mittag wurde der Dollar mit 15600 bei steigender Tendenz gehandelt. Ein Angebot in ausländischen Devisen liegt gegenwärtig kaum vor, während die Nachfrage sehr groß ist. Die Börse ist erfüllt von einem weitgehenden Pessimismus hinsichtlich der Lage im Ruhrrevier.

Die Schicksalsfrage.

Die Besetzung des Ruhrreviers durch die Franzosen und Belgier ist nicht ein bloßer Zwischenfall in der leidenschaftlichen Geschichte der Nachkriegszeit, sondern ein weltgeschichtliches Ereignis, dessen Rückwirkungen auf die äußere und innere Politik ganz unberechenbar sind. War einmal ausgesprochen, daß ein Vertragsbruch vorliegt und daß die bewaffneten Eindringlinge widerrechtlich auf deutschem Boden stehen — und welcher Mensch, auch welcher gerecht denkende Franzose wollte das bestreiten! — dann ergab sich daraus von selbst, daß die Deutsche Republik diesen Schlag auf ihre wirtschaftliche Lebensader nicht ohne Gegenwehr hinnehmen konnte. Der Gewalt mit Gewalt zu begegnen, war so unmöglich, daß kein ernstlicher Politiker auf den Gedanken der militärischen Abwehr verfiel. So blieb nur eines übrig: dem Gegner die Einsicht beizubringen, daß widerrechtliche Gewalt kein geeignetes Mittel ist, finanzielle Probleme zu lösen. Von einem klugen Franzosen stammt das Wort, mit Bajonetten könne man alles, man könne aber auf ihnen nicht sitzen. Jetzt soll gezeigt werden, daß man mit Bajonetten auch keine Kohlen graben, keine Kohlenzüge fördern, keine Wirtschaftsorganisationen regulieren, keine Staatsfinanzen verbessern kann.

Die widerrechtliche Gewalt stößt im Ruhrrevier nicht auf bewaffnete Abwehr, aber auf Widerwillen und feilschen Widerstand. Daß sie dadurch veranlaßt wird, ihren Druck zu verstärken, ist selbstverständlich. Hätten die Arbeiter weiter Ueber sich nicht verfahren, wäre das Kohlenyndikat in Essen geblieben und hätte es sich gehorsam den neuen Machthabern unterstellt, so wären diese vielleicht in etwas gnädigerer Laune, als sie es jetzt sind. Aber ihr Erfolg wäre dann leicht und vollkommen gewesen, glatt und reibungslos hätten sie über die deutschen Kohlensehne verfügt. Könnte dann der Sitz des Widerstandes weiter nach innen verlegt werden? Nein, die Widerstandslosigkeit des Ruhrreviers hätte die Widerstandslosigkeit des übrigen Deutschland zur Folge gehabt, und wir hätten alle Bedingungen des Siegers über uns ergehen lassen müssen.

Jetzt steht der Kampf. Er wird in Form von wirtschaftlichen Verhandlungen geführt, in denen die neuen Machthaber Forderungen erheben, die Einwohner des überfallener Gebiets ihre rechtlichen und sachlichen Einwände geltend machen. Unerfüllt geblieben, verwandeln sich die Forderungen in militärischen Befehlen. Auf Demonstrationen wird geschossen, widerstrebende Verhandlungspartner werden mit Konfiskation ihres Eigentums und Einkreterung bedroht. Zwangsläufig entfaltet sich der ganze Mechanismus der militärischen Brutalität.

Daß die deutsche Wirtschaft unter diesem Kampf aufs furchtbarste leiden muß, versteht sich von selbst. Noch ist die Höhe der Leiden nicht erreicht, sie wird erst erreicht sein, wenn uns fühlbar wird, daß wir unsere Kohlenvorräte nicht mehr in der Hand haben. Niemand soll sich darüber täuschen, daß uns das Schlimmste noch bevorsteht — wenn auch heute schon der Dollar auf 16 000 geklettert ist.

Und Frankreich? Frankreich hollert sich in der Welt, es zerrüttet seine Finanzen, statt sie aufzubessern, es stürzt sich in ein Chaos der imperialistischen Abenteuer, um einem unerreichten Ziel nachzujagen. Denn was steht noch innerhalb der deutschen Grenzen fest, was will deutsch sein und deutsch bleiben. Die Zeiten sind vorbei, in denen inmitten Europas der Stiefel des Eroberers ganze Bevölkerungen niedertraten konnte, die Gewissen sind erwaacht, der Geist der französischen Revolution lebt in den arbeitenden Massen und steht gegen den Geist Napoleons.

Trotz aller trennenden Gegensätze sind das deutsche Volk, der größte Teil des Auslandes und alle gerechtdenkenden Franzosen einig in dem Wunsche, daß die Politik der gegenwärtigen französischen Regierung eine Niederlage erleiden möge. In Frankreich möge man sich darüber nicht täuschen, daß es keine entschiedeneren Gegner dieser Politik gibt, als die deutschen Arbeiter. Es gibt ein Frankreich, das auf die deutschen Arbeiter hoffen und auf sie zählen kann, aber dieses Frankreich ist nicht das Frankreich Poincarés.

Was soll daraus werden? Niemand kann prophezeien, nur ein Ziel kann aufgezeigt werden, auf dessen Erreichung die deutsche Politik eingestellt sein muß. Das Ziel muß sein, mit der Gesamtentente, einschließlich Amerikas, zu Verhandlungen über das Reparationsproblem zu gelangen, dessen Lösung mit jedem Tage der Ruhrbesetzung sich weiter im Reibel verliert. Poincaré will aber nicht diese Gesamtverhandlungen, auf die Deutschland ein Recht hat, sondern er will mit Deutschland allein bleiben, er will es mit der Faust an den Verhandlungstisch schleppen und einen neuen französischen Siegfrieden diktieren, der jenen von Versailles nach den Wünschen des französischen Imperialismus korrigiert und die Herrschaft Frankreichs über Besetzte und Vasallen in Europa unerschütterlich aufrichtet.

So stehen die Dinge. Die Frage an das Schicksal ist, ob sich die Deutsche Republik solange halten wird, bis sich in Form eines Regierungswechsels in Frankreich und einer Wiedereinschaltung englischer und amerikanischer Einflüsse in die kontinentale Nachsphäre eine Wendung zum Besseren anbahnt. Kann sie das nicht, dann droht ihr eine Vervollständigung der im Weltkrieg erlittenen Niederlage, drohen neue innere Kämpfe um neue Schuldfragen und schwerste Erschütterungen, droht schließlich im Hintergrund — früher oder später — die große Auseinandersetzung zwischen Frankreich und der angelsächsischen Welt, der zweite Weltkrieg!

Der Münchener Brandherd.

Der kritische 20. Januar.

Unsere Meldung über die zu Explosionen drängende Stimmung unter den Anhängern Hitlers wird auch von anderer Seite bestätigt. Das „Tageblatt“ weist auf den 20. Januar als einen deutschen Tag hin, an dem die Nationalsozialisten eine „Fahnenweihe“ planen. Auch die „Frankfurter Zeitung“ schreibt warnend:

„Nach allen Anzeichen treibt die Entwicklung im nationalsozialistischen Lager in Südbayern, vor allem in München, einer Krise entgegen. Die durch eine maßlose Agitation aufgeheizten Anhänger dieser rechtsradikalen Organisation drohen der Leitung ihrer Führer zu entgleiten, wenn nicht die bis zur Siebtehe gesteigerten Leidenschaften eine Entladung finden. Dazu kommt, daß der Ruf nach der Diktatur immer offener und lauter erhoben wird. Wir sind darüber unterrichtet, daß in führenden nationalsozialistischen Kreisen ernsthaft der Plan besteht, am 20. Januar oder wenigstens in der zweiten Hälfte des Januar eine Aktion zu unternehmen, die dieser Farberbe die Bahn ebnen soll. Welcher Art die einzelnen genannten Anregungen sind, kann zunächst dahingestellt bleiben. Aber fest ist sicher, daß sie einen für den Bestand der gegenwärtigen Regierung und Staatsform in Bayern höchst gefährlichen Charakter tragen. Es ist nötig, daß sich die öffentliche Aufmerksamkeit diesen Dingen zuwendet und daß man ihre Entwicklung in den nächsten Wochen überall im Auge behält.“

Vielleicht will die „Deutsche Zeitung“ diese Gerüchte bestätigen, wenn sie in einem langen Leitartikel mit der vielversprechenden Überschrift: „Wenn ich Diktator wäre“ freilich nach Mussolini ein Programm entwirft, das freilich in seinem kranken Durcheinander nur die vollständige Verwirrung, die in deutschsozialistischen Köpfen besteht, bestätigt. Aber man wird gut tun, auf der Hut zu sein.

„Verräter! Verräter!“

Der „Leipziger Volkszeitung“ entnehmen wir die folgende Notiz, deren Inhalt, wenn er zutreffen sollte, allerdings für die KPD vernichtend wäre:

„Keine kommunistische Versammlung, in der die Sozialdemokraten nicht des Verrats bezichtigt werden. Wo die Verräter wirklich sind, das zeigt ein Vorgang, den wir aus zuverlässiger Quelle erfahren und der heute in den Spalten aller mitteldeutschen Blätter zu finden ist.“

Es war auffällig, daß die Attentäter auf die hallischen Demolierer so merkwürdig schnell gefunden wurden. Während das kommunistische Organ in Halle während dieser Tat als einen Akt von Freistenbanden darstellte, wurden nach den obigen Quellen der Polizei von dem Leiter dieses Organs, vom dem preussischen Abgeordneten Schmeider, Fingerzeige gegeben, um der Täter habhaft zu werden. Für die Erfassung der Attentäter waren von der Staatsanwaltschaft eine Million und von den bürgerlichen Parteien eine weitere Million Belohnung ausgesetzt. Es wird mitgeteilt, daß die erste Million einem Mitglied der kommunistischen Jugendorganisation zugesprochen worden sei. Das aber nur nebenbei. Festzustellen ist, daß der Leiter eines kommunistischen Organs, ein kommunistischer Landtagsabgeordneter, der Polizei Mitteilung machte, damit der Unionsist Werner, der bis zum Dezember v. J. Mitglied der kommunistischen Jugendorganisation war, den Verleumdungen ausgesetzt werden konnte.

Wir haben gegen diese unanständigen Gewaltakte jederzeit Stellung genommen. Wir haben den mitteldeutschen Busch mit seinen Gewaltaktionen, die den obengenannten Werner als Mitglied der kommunistischen Partei im Vordergrund haben, mit allen Mitteln bekämpft. Wenn nun aber ein durch die kommunistischen Bahnsinnsideen verleiteter Mann sich zu weiteren Gewalttaten hinreißen ließ, dann liefert ein kommunistischer Redakteur und Landtagsabgeordneter der Polizei das Material aus, damit ihre einstigen Kampfernebenhelfer hinter Schloß und Riegel kommen.

Wahrlich, die Kommunisten haben es herrlich weit gebracht.“

Der Verleumder „Berliner Presse“ hat, wie er in Verächtigung einer Korrespondenzmeldung mitteilt, noch nicht die Verächtigung des Preissekretärs beschlossen. Es ist aber Zeit dazu!

Bismarck und Poincaré.

Von Dr. Werth in Stade.

Bei Beginn der Unterhandlungen über die französische Kriegsschadung sollte Bismarck die deutschen Finanzleute v. Bielefeld und Hensel v. Donnerermark den französischen Bevölkerungsmehrheit und Gouze mit den Worten vor: „Zwei unserer hervorragenden Finanzleute haben einen Ausweg gefunden, wie diese scheinbar so drückende Entschädigung (es handelte sich damals noch um 6 Milliarden Franc) von Ihnen bezahlt werden kann, ohne daß Sie es merken.“ Das mag von Bismarck in starkem Optimismus gesagt sein. Aber der gute Wille spricht doch daraus, den Franzosen die Bezahlung der Entschädigungssumme so leicht wie möglich zu machen.

Bismarck hat sich schließlich mit 5 Milliarden begnügt. Er hat ferner der Komme, die, um anerkannt zu werden, die erste halbe Milliarde Franc zu zahlen sich bereit erklärt hatte, keine Antwort gegeben, um der gewählten Regierung Frankreichs keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Weiteres Entgegenkommen zeigte er, als die französische Regierung die Zahlungstermine nicht einhielt. So war z. B. die erste halbe Milliarde innerhalb eines Monats nach dem Sturz der Komme, also am 28. Juni 1871 fällig. Auf Vorstellung der französischen Regierung war Bismarck mit dem 1. Juli als Zahlungsbeginn einverstanden. Schließlich war die erste halbe Milliarde erst am 31. Juli voll bezahlt. Bismarck hatte nicht zu Repressalien und Sanktionen gegriffen. Im Gegenteil! Bereits am 20. Juli gab Wilhelm I. „aus Rücksicht für die französische Regierung und um Herrn Thiers' Position nicht zu erschweren“, den Befehl an die Truppen zur Räumung dreier Departements, die nach dem Frankfurter Frieden erst nach der vollendeten Zahlung der ersten halben Milliarde, also am 31. Juli, geräumt zu werden brauchten.

Wie ganz anders Poincaré! Kaum hat die Reparationskommission eine geringe „Verfehlung“ in den schweren Holz- und Kohlenlieferungen festgestellt und sofort werden die französischen Truppen nach dem Ruhrgebiet in Bewegung gesetzt.

Einen solchen militärischen Eingriff in das Leben eines anderen Staates, um rückständige Zahlungen zu erzwingen, hat Bismarck stets mit Entschiedenheit abgelehnt. Als z. B. die Zahlungen für die Unterhaltungskosten der deutschen Besatzungstruppen nicht pünktlich eingingen, schrieb Bismarck am 18. April 1871 an den Generalgouverneur der besetzten französischen Gebiete, daß „wir genötigt sind, neue Anstalten aufzunehmen und unsere Truppen die Verpflegung zu kürzen, die nur aus den französischen Geldern in der nötigen, unsere rechnungsmäßig zulässigen Sätze übersteigenden Reichlichkeit gekleidet werden könnte.“

Am gleichen Tage äußerte sich Bismarck einige Tage später, am 24. April 1871, im Reichstag über die Kosten der Okkupationsarmee, die „erhebliche finanzielle Opfer bedingt, um so größer, als die französische Regierung sich bisher nicht in der Lage gesehen hat, auch nur die Zahlungen zu leisten, die für die Unterhaltung der Truppen ausgemacht wurden.“ Die Fälligkeitstermine im Monat März und April sind nicht eingehalten

Gegen die Not der Presse.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der dem Weltbedarf die Pflicht zu monatlichen Lieferungen von 20000 Raummetern Papierholz vom 1. April 1923 ab auferlegt. Die Länder sind berechtigt, die von ihnen zu leistenden Holz mengen bis zu einem Drittel auf die nichtstaatlichen Waldungen unzuliegen. Die Länder haben zwei Drittel der aufzubringenden Holzmenge zum Preise von 1000 M. für das Raummeter geschältes Holz bzw. 840 M. für das Raummeter ungeschältes Holz, den Rest zu einem am Lieferungs-ort geltenden Durchschnittspreis zu liefern. Dieser darf jedoch den Preis von 2500 M. für geschältes Holz bzw. 2100 M. für ungeschältes Holz nicht übersteigen. Die Zuteilung der von den Ländern zur Verfügung gestellten Holz mengen an die Papierholzverbraucher erfolgt durch Vermittlung einer neu zu gründenden gemeinnützigen Gesellschaft „Druckpapierbeschaffung“.

Der Antrag dürfte in Verbindung mit der Vorlage der Reichsregierung auf Erhöhung der Waldabgabe bereits in der heutigen Sitzung des Reichstags zur Verhandlung kommen.

Die hartnäckigen Hohenzollern.

In dem gestern vom Kammergericht entschiedenen Prozeß des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen gegen den preussischen Finanzminister und die bei Berlin wohnenden Hofbediensteten und Wannee belegene Herrschaft Düppel-Drellinden hat das Kammergericht das Eigentum an diesen Besitzungen in vollem Umfange dem Prinzen zuerkannt und den Finanzminister verurteilt, die Kosten beider Instanzen zu tragen. Es handelt sich um ausgedehnte Forst- und Landflächen im Werte von mehreren hundert Millionen. Es ist erstaunlich, mit welcher Hartnäckigkeit die Hohenzollernprinzen dem Staat ein Stück des noch kritischen Besitzes nach dem anderen aus der Hand zu reißen suchen.

Die neuen Getreidepreise.

Die Reichsgetreidestelle hat, wie die BPA. melden, mit Wirkung vom 15. Januar ab die Abgabepreise für die Tonne Roggen von 197 000 M. für die Tonne Weizen auf 212 000 M. heraufgesetzt. Dem entsprechend beträgt der Preis für den Doppelzentner Roggenmehl 27 000 M. und für den Doppelzentner Weizenmehl 29 000 M.

In einer längeren Begründung zu diesem Beschluß wird darauf hingewiesen, daß bei einer Versorgung der Bevölkerung mit 200 Gramm Mehl pro Kopf und Tag 4,3 Millionen Tonnen im Jahre benötigt werden, die zu gleichen Teilen aus aus- und inländischem Getreide bestehen. Im Monat Dezember stieg der Preis für ausländischen Weizen auf 400 000 M., für ausländischen Roggen auf 340 000 M. Aus dieser Lastlage ergab sich die Notwendigkeit, die Abgabepreise zu erhöhen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in diesen Preisen nicht nur der Getreidepreis, sondern auch die an die Kommunalverbände zu zahlende Erntevergütung in Höhe von 7000 M. pro Tonne Getreide, ferner die hohen Transportkosten, die Kosten für die Lagerung und Verladung, weiter die Verluste durch Gemischtschaden und Beschaffungsmängel enthalten sind. Die Geschäftskosten der Reichsgetreidestelle haben dagegen im Wirtschaftsjahr 1922/23 nur 77,17 M. pro Tonne betragen, was gleich 3 1/2 Pfennig für ein Pfund Brot ist. Der Getreidepreis mocht im Durchschnitt zurzeit etwa 60 Proz. des Brotpreises aus, wobei nach dem gegenwärtigen Stand der Anläufe 27 Proz. auf das Umlagegetreide entfallen. Die restlichen 40 Proz. des Brotpreises entfallen auf die Kosten für das Getreideermehlen, die Transportkosten, die Unkosten der Kommunalverbände für die Verteilung sowie die Kosten des Backens und Verkaufs des Brotes.

Die größte Sorge des Augenblicks.

Korrespondenz B.E. meldet: Nachdem vom 1. August 1923 ab an auscheidende Offiziere Uniformen des ehemaligen Heeres nicht mehr verliehen werden dürfen, ist dafür bestimmt worden, daß nach dem 1. August 1923 auscheidende Offiziere auf ihren Antrag hin die Berechtigung zum Tragen der Uniform desjenigen Truppenteiles des Reichsheeres verliehen werden kann, dem die Pflege der Lieberlieferung des ehemaligen Truppenteiles obliegt, dessen Uniform der Antragsteller beim Ausscheiden vor dem 1. Januar hätte erhalten können.

worden. Es wäre ja eine Möglichkeit für uns, dem jetzigen Zustand in Frankreich durch Eingreifen von unserer Seite ein Ende zu machen; ich habe mich indessen nicht entschließen können. Er. M. dieses Mittel zu raten; ich muß befürchten, daß eine unbedachte Einmischung in diese Verhältnisse alle Teile gegen uns, ich will nicht sagen einigen, aber doch einander nähern würde; man würde nach französischer Art rasch bereit sein, alle Uebel der Situation auf die Einmischung des Auslandes zu schieben und sich gegenständig mit der Beteuerung: nous sommes Français! umarmen. Außerdem möchte ich ungern, daß wir von dem Programm der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Völker uns entfernen, selbst in einem Falle, wo die Verhütung dazu uns so nahe gelegt ist, und wo unser eigenes finanzielles Interesse so sehr dazu zu drängen scheint.“

Poincaré wird mit seiner Gewaltpolitik erziehen, was Bismarck vermeiden wollte, die Einigung des Gegners. Man spricht oft und nicht mit Unrecht von der Bismarckschen Gewaltpolitik. Aber in der Frage der verzögerten französischen Zahlungen hat er den Gedanken, rückständige Forderungen mit Gewalt einzutreiben, weit von sich gewiesen. Wenn dennoch Bismarck zu der Anwendung der Franzosen zu einem guten Teil den Grund gelegt hat, wieviel mehr wird Poincaré eine Stimmung im deutschen Volk hervorrufen, für deren Auswirkungen die deutsche Regierung keinerlei Verantwortung übernehmen kann.

„Götterdämmerung.“ Die Staatsoper sah ihre gesammelte Kraft in einer vorzüglichen Aufführung des Wagnerischen Nibelungenringes zusammen. Das Institut scheint hier aus einer schlaftrunkenen Ruhe zu erwachen. Fünf Stunden ist Musik und Szene, Darstellung und Gesang höchste Erquickung geworden, und es ist uns, als hätte keine Zeit an dem Granitstein Wagner ein Teilchen ausgehimmelt. Schillings zeigt als Dirigent, daß er in Wagnerischer Tradition groß geworden ist. Die Führung der Szene, das sinfonische Zwischenspiel verrät Könnerschaft zugleich und Stil. Den hat in letzter Ausprägung vor allem die Brühlsche Helene Wildbrunn. Wären ihre Bewegungen nicht sehr massiv, her weiche Wohlklang der Stimme und die tragende Kraft dieser Gestaltung hielten hier eine Idealvorführung historisch fest. Ein ganzer Mensch atmet in Ton und Leidensmühen, im Verzagen und heroischen Entschluß des Liebestodes. Ihr Partner Scott ist in der Erzählung unter der Linde nicht mehr ganz frisch, sonst aber ein heidischer, sympathischer Spieler, in aller Ring-Verwirrung fast lebenswahrer Sängler. Braun als musikalischer Hagen, Armist als etwas formloserer Gunther, die Franzell eine weich und eindringlich klingende Walküre; das Ensemble misst dem rhythmisch ausgeprägten Mannenchor ist so vorzüglich, daß die kleinen Minderwertigkeiten an Gutrupe, Alberich, Rheindochtern in Staub versinken wie Balthar, die Götter und die Nibelungenburg. R. S.

Die Gefahren des Hustens. Erkältungen sind wieder einmal an der Tagesordnung und hygienische Maßnahmen daher mehr am Platze denn je. Noch immer wird viel zu wenig auf die Gefahren geachtet, die durch das Anhaften und Annehmen der Atemmenschen entstehen. Medizinalrat Seiffert, der sich in der „Umschau“ mit dieser Frage beschäftigt, hat Versuche angestellt, die den Schaden des

Neue „Verfehlungen“.

Paris, 16. Januar. (E.E.) Die Reparationskommission ist durch ein bringendes Schreiben Barthous für heute morgen um 11 Uhr zu einer Sitzung einberufen worden, um, wie es in der von Barthou und Delacroix unterzeichneten Mitteilung heißt, Beschluß über folgende vier „abschließliche“ Verfehlungen Deutschlands zu fassen: 1. Einstellung der Kohlenlieferungen an Frankreich und Belgien. 2. Einstellung der Viehlieferungen. 3. Verfehlung bei der Lieferung von Pflastersteinen. 4. Verfehlungen bei der Durchführung der großen öffentlichen Arbeiten in Frankreich. Die zu 3. und 4. erwähnten Verfehlungen werden vorläufig ausgeschlossen. In einem Schreiben der französischen Regierung an die Reparationskommission heißt es, daß Deutschland am 12. Januar die Absicht erklärt habe, die Lieferung von Reparationskohle an Frankreich und Belgien einzustellen. Thysen habe am 13. Januar erklärt, die deutsche Regierung verweigere die Bezahlung von Reparationslohn an Frankreich und Belgien. An demselben Tage seien alle Lieferungen eingestellt worden, auch die Züge, die mit Vieh für Frankreich und Belgien beladen waren, seien auf den deutschen Bahnhöfen angehalten.

Italien laiviert.

Rom, 16. Januar. (Stefani.) Im Ministerrat sprach heute Mussolini über die Besetzung des Ruhrreviers. Nachdem er an die Haltung der anderen Mächte gegenüber dem französischen Plane erinnert hatte, erklärte er: Italien gewähre Frankreich nur seine politische und technische Solidarität. Italien konnte sich nicht isolieren, ohne einen sehr schweren Fehler zu begehen, und es konnte sich nicht von den Maßnahmen zur Kontrolle über das Ruhrrevier fernhalten, einer Frage von grundlegender Bedeutung für die europäische und die italienische Wirtschaft. Der Plan eines kontinentalen Blocks gegen England besetzt nicht. Die italienische Regierung möchte niemals einen derartigen Vorschlag. Sollen sie niemals an eine kontinentale Vereinigung gegen England denken können, sowohl wegen der Bedeutung, die England im kontinentalen Wirtschaftleben hat, als auch wegen der zwischen England und Italien bestehenden Beziehungen. Es ist im Gegenteil wahr, daß die italienische Regierung Frankreich geraten hat, so viel als möglich den militärischen Charakter in der Ruhrfrage zu beschränken und in dieser Hinsicht nicht die Möglichkeit von Abereinkommen zurückzuweisen. Wenn eine derartige Entente, die Europa den Frieden geben würde, zustande käme, so würde sie nach Ansicht Italiens doch nicht zum Ziele gelangen können ohne die Teilnahme und die Zustimmung Englands. Italien hat keine Kohle und kann sich nicht den Luxus von Verzichtleistungen oder Isolierungen gestatten. Aber es läßt sich leicht beweisen, weil es die Wahrheit ist, daß die italienische Politik sich auch bei dieser Gelegenheit von den Erwägungen allgemeiner Art leiten ließ, die in der Londoner Denkschrift dargelegt wurden, zum Schutze der italienischen Interessen und für die Wiederherstellung des europäischen Wirtschaftslebens.

Die italienische Regierung ist der Ansicht, daß die Möglichkeit von Abereinkommen vorhanden ist, und die italienische Regierung arbeitet in diesem Sinne.

Es würde ein schwerer Fehler von Deutschland sein, wenn es eine solche Möglichkeit zurückwies. Mussolini fuhr fort: Anscheinend ist zwischen dem französischen Kommando und einigen Industriellen des Ruhrreviers eine Entspannung eingetreten (?). Es scheint auch, daß die Arbeitermassen den Kontrollmaßnahmen keine übermäßig großen Schwierigkeiten bereiten. Der Verfalltag für die deutschen Zahlungen ist vom 15. Januar auf Ende des Monats verschoben worden, infolgedessen stehen 14 Tage zur Verfügung, um eine Lösung der Lage herbeizuführen. Eine Annäherung Frankreichs an den in London vorgelegten italienischen Plan über die Reparationsfrage ist nicht unwahrscheinlich.

Befehlswort der „Nation“. Die linksdemokratische englische Zeitschrift „Nation“ ist in andere Hände übergegangen. Der bisherige Redakteur des Blattes, Waffingham, der die „Nation“ seit 1907 geleitet hat, tritt von seinem Posten zurück. Man erwartet, daß J. M. Keynes sich der Gruppe der Manchester-Liberalen, die das Blatt erworben hat, anschließen wird.

Anhustern und Anniesens besonders deutlich erkennen lassen. Bei den Hustentropfen, die von Erkälteten herausgeschleudert werden, hat man zwischen Mund- und Bronchialtröpfchen zu unterscheiden; die ersteren sind Speicheltröpfchen aus der Mundhöhle, die letzteren Schleimtröpfchen mit Zellen aus den Tiefen der Atmungswege. Die Bronchialtröpfchen enthalten bei Schwindkrüppchen die Ansteckungserreger der Tuberkulose und sind daher besonders gefährlich. Durch eine einfache Methode hat man die ausgehusteten Tröpfchen für das bloße Auge sichtbar gemacht und dann ihre Verbreitung genauer untersucht. Tröpfchen, die beim Husten ausgeschleudert werden, können auf etwa dreifache Kopflänge weit fliegen, Tröpfchen, die beim Niesen ausschleudern, sogar auf 10- bis 12fache Kopflänge. Die Tröpfchen werden immer nach vor geschleudert, und man kann sich leicht vorstellen, daß schon nach einem einmaligen starken Niesen ein kleiner Raum mit solchen Krankheitserregern enthaltenden Tröpfchen angefüllt ist. Auf diese Weise läßt sich die schnelle Verbreitung der Erkältungskrankheiten erklären. Bei Schwindkrüppchen sind die Bronchialtröpfchen wesentlich größer; sie sinken ziemlich schnell — längstens in etwa 5 Sekunden zu Boden, während die kleineren Mundtröpfchen länger in der Luft schweben. Die Möglichkeiten der Ansteckung sind außerordentlich groß; sie liegen nicht nur in der Einatmung der Krankheitserreger, sondern auch die „Schmierinfektion“ und die „Staubinfektion“, ist zu beachten, indem Tuberkeln sich im Stöße finden oder an irgendwelchen Gegenständen festhaften. Die neuen Untersuchungen zeigen, daß die Bekämpfung der Hustentropfen ebenso notwendig ist wie die richtige Beseitigung des Auswurfes. Neben der Reinigung „Spucke nicht auf den Boden“ sollten auch die anderen nicht weniger bedeutungsvollen stehen: „Verbreite keine Hustentropfen“, „Huste und niese niemandem ins Gesicht“.

Stiftungen zur Bekämpfung des Krebses. Die außerordentliche Zunahme der Krebserkrankungen, die in England festgestellt worden ist, hat dort die Bewegung zur Bekämpfung dieser furchtbaren Krankheit mit neuem Eifer erfüllt. Wie in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ mitgeteilt wird, haben Sir William Reno 10 000 Pfund und der reiche Kanadier Lord Althoff eine 100 000 Dollar als Preis für eine neue Methode der Krebsheilung ausgesetzt. Da derartige Entdeckungen aber selten durch einen Einzelnen gemacht werden, so haben sie sich überzeugen lassen, daß es besser ist, die Stiftungen in regelmäßige Beiträge für die Fortsetzung der Krebsforschung umzuwandeln und jährlich bedeutende Summen dem Londoner Krebsinstitut zur Verfügung zu stellen.

Der Marinemaler Karl Zahmann, ein siebenjähriger Begleiter Bismarcks auf dessen Nordlandfahrten, ein sehr tüchtiger Maler, in seinem 75. Jahre wenig bedeutender Künstler, ist, 75 Jahre alt, in dürftigen Verhältnissen gestorben.

Zielplanänderung. Die Erbauung von Stephan Zweigs „Leben eines Lebens“ ist auf Donnerstag beschoben worden.

Quantitätsschändliche Verbindungen zwischen London und New York sind mit gutem Erfolg herbeigeführt worden. Die Verbindung dauerte über 2 Stunden. Man hat New York auf das deutlichste verstanden und erklärt sogar, daß die Unterhaltung klarer gehört worden ist als mit gewöhnlichem Telefon.

Gewerkschaftsbewegung

Der unsichtbare Lohnabbau. Die Reallöhne der Berliner Arbeiter.

Kürzlich versuchten die Margarinefabrikanten in ihren Berliner Niederlagen eine Kürzung der bereits unzureichenden Löhne durchzuführen. Dieser Versuch mißlang. Er war zu großförmig. Man kann jedoch sagen, daß es den Unternehmern gelungen ist, im zweiten Halbjahr 1922 einen allgemeinen Lohnabbau durchzuführen. Dieser Lohnabbau ist zwar auf den ersten Blick unsichtbar, ja, es scheint zunächst, als seien die Löhne der Arbeiter außerordentlich erhöht worden (daher auch das Märchen von den „hohen Löhnen“), in Wirklichkeit ist der Lohnabbau so einschneidend, daß man sagen kann, er ist in der Geschichte des modernen Kapitalismus der ganzen Welt ohne Beispiel.

Auf Grund einiger amtlicher Zahlen haben wir diesen Lohnabbau vom April bis November 1922 für die Bergarbeiter des Ruhrgebietes und für die Metallarbeiter der hauptsächlichsten Zentren bereits festgestellt. Wir können nun einige umfangreichere und genauere Feststellungen bezüglich der Löhne der Berliner Arbeiter machen. In der soeben erschienenen ersten Nummer der von R. Kuczynski herausgegebenen „Deutsch-Französischen Wirtschaftskorrespondenz“ vergleicht der Herausgeber die Reallöhne der Berliner Arbeiter vom Juli 1914 bis Dezember 1922. Die Löhne werden ermittelt, indem man die Löhne von 1914 und ihre Kaufkraft im Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten des Existenzminimums vergleicht mit den Löhnen und ihrem Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten während der Jahre 1920, 1921 und 1922. Kuczynski greift die Löhne der Maurer und der Buchdrucker heraus. Die Löhne der Maurer kann man als über dem Durchschnitt liegend bezeichnen, während die Löhne der Buchdrucker heute als Durchschnittslöhne angesehen werden können.

Die Löhne der Maurer betragen im Juli 1914 41,82 M. pro Woche, im Dezember 1922 15,109 M., d. h. daß die Löhne 361,5mal höher als im Juli 1914 waren. Das Existenzminimum für eine Familie von vier Personen kostete in Berlin im Juli 1914 28,80 M., im Dezember 1922 aber kostete das Existenzminimum 24,904 M. Während also der Tariflohn der Maurer im Jahre 1914 45 Proz. über den Kosten des Existenzminimums lag, war der Lohn im Dezember 1922 auf 40 Proz. unterhalb des Existenzminimums gesunken. Kuczynski gibt eine eingehende Tabelle der Entwicklung der Löhne während der verschiedenen Monate der letzten drei Jahre. Aus dieser Tabelle geht hervor, daß die Maurerlöhne im Durchschnitt des Jahres 1920 13 Proz. unterhalb des Existenzminimums lagen, im Jahre 1921 dagegen 4 Proz. über dem Existenzminimum. Diese Steigerung hielt noch an während der ersten Hälfte des Jahres 1922, wo die Maurerlöhne 10 Proz. über dem Existenzminimum lagen. Im dritten Quartal des Jahres 1922 dagegen waren die Maurerlöhne auf 23 Proz. unterhalb des Existenzminimums gesunken. Im Oktober 1922 waren sie 33 Proz., im November 51 Proz. und im Dezember 40 Proz. unterhalb des Existenzminimums.

Eine ähnliche Entwicklung haben die Löhne der Buchdrucker durchgemacht. Nach Kuczynski betragen die Löhne eines verheirateten Buchdruckers von 24 Jahren 34,38 M. im Juli 1914, im Dezember 1922 dagegen 10,859 M. Während der Wochenlohn vor dem Kriege 19 Proz. über war als die Kosten des Existenzminimums, war er im Durchschnitt des Jahres 1920 um 30 Proz. niedriger. Im Jahre 1921 war er um 8 Proz. niedriger, in der ersten Hälfte des Jahres 1922 um 9 Proz., im dritten Quartal um 40 Proz., im Oktober um 42 Proz., im November um 60 Proz. und im Dezember um 57 Proz. niedriger als die Kosten des Existenzminimums.

Aus dieser Aufstellung, die wir verkürzt wiedergegeben haben, geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Unternehmer es verstanden haben, den Marktzug, der ihnen selbst ungeheure Gewinne zuge-

schanzt hat, dazu zu benutzen, um gleichzeitig die Löhne der Arbeiter abzubauen. Und nun gehen die Unternehmer sogar dazu über, sich einer, wenn auch ungenügenden Anpassung an die Teuerung zu widerlegen. In der Metallindustrie scheint es in dieser Woche noch zu einem Riesenkampf zu kommen. Die Unternehmer weigern sich einfach, den Arbeitern auskömmliche Löhne zu bezahlen. So sehr auch die Arbeiterschaft bereit ist, auch ihr Teil zu den Lasten dieser schweren Zeit beizutragen, so muß sie es doch ablehnen, allein diese Lasten zu tragen.

Gautag des Satzes.

Der Gautag Brandenburg des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, der am Sonntag im „Böhmischen Brauhaus“ stattfand, wurde mit folgender Rundgebung für die Techniker des rheinisch-westfälischen Industriegebietes eingeleitet:

„Der Gautag Brandenburg des Bundes der technischen Angestellten und Beamten verliert den Bundeskollegen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes antäglich der über sie hereinzubrochene Schicksalsprüfung im Namen der Brandenburger und der Berliner Techniker seine wärmste Sympathie. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß dieser neue Taumel militärisch-kapitalistischer Gewaltpolitik ein schnelles Ende finden möge zugunsten der Vernunft und zum Wohle der Arbeitnehmer aller Länder, und daß die hierdurch entstehende Belastung der deutschen Bevölkerung nicht, wie die Erschwerung der allgemeinen Lebenshaltung der letzten Zeit, auf die wirtschaftlich Schwachen abgewälzt, sondern zu erheblichen Teilen den kapitalsträftigen Schultern auferlegt wird.“

Dem Gauvorstand wurde nach ausführlichen Geschäftsberichten Entlastung erteilt. Aus den Geschäftsberichten ist hervorzuhoben, daß der Mitgliederbestand trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse keine Einbuße erlitt. Klage wurde über die Indifferenz großer Technikerkreise des Bauwesens und auch der Industrie geführt, die zwar von der Gewerkschaftsarbeit (Tarifverträge) zehren, aber keine Opfer bringen wollen. Anträge, diese Schmarotzer der Opferwilligkeit ihrer Mitmenschen auf irgendeine Weise aus der Ruhe zu bringen, wurden der Bundesleitung überwiesen. Aus der Stellungnahme zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der jetzt entstandenen politischen Situation ist hervorzuhoben, daß allgemein eine starke Krise für die deutsche Wirtschaft vorausgesehen wird, deren sozialen Uebelständen durch strikte Organisation der Techniker, wie der gesamten Arbeitnehmerschaft mit allen Mitteln entgegenzuwirken werden muß. Der außerordentlich anregend verlaufene Gautag bestätigte zum Schluß der Tagung den bisherigen Gauleiter, Ing. Scholz, wiederum einstimmig.

Die Januargehälter in der Metallindustrie.

Die KAM-Funktionäre der Metallindustrie versammelten sich am Montag in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97, um den Bericht über die stattgefundenen Tarifverhandlungen mit dem VBR entgegenzunehmen. Eingangs der Versammlung erörterte Günther einige Verbandangelegenheiten. So war immer noch der § 10 des Manteltarifs, der die Unfall- und Haftversicherung behandelt, strittig. Schließlich erzielte man aber doch eine Einigung, während der § 14 (Schlichtung von Streitigkeiten) dem Reichsarbeitsministerium zur endgültigen Entscheidung überwiesen werden mußte. Zur Regelung der Januargehälter führte Günther u. a. aus, daß die Forderung von 75 Proz. Zulage auf die bestehenden Dezemberlöhne lautete. Schon gleich bei Beginn der Verhandlungen erklärten die Arbeitgeber diese Forderung für nicht diskutabel. Nach längerem Debatte machten sie folgendes Angebot: Die Lehrlinge erhalten keine Erhöhung. Die Vorstufen A und B der Hauptgruppen 18 Proz. und die übrigen Hauptgruppen 25 Proz. Zulage. Natürlich lehnten wir dieses geringe Angebot ab und machten ein Gegenangebot von 60 Proz., die sie ebenfalls nicht bewilligten. Als sie uns 30 Proz. als Verhandlungsbasis unterbreiteten, brachen wir die Verhandlungen ab und haben darauf das Reichsarbeitsministerium zwecks Regelung der Januargehälter anrufen.

Eine Diskussion fand über den Bericht nicht statt. Sobald das Reichsarbeitsministerium die Entscheidung fällt, werden die Funktionäre dazu erneut Stellung nehmen. Der Redner gab dann noch ein kleines Bild von der Ruhrbesetzung und erwähnte die Kollegen-

schaft der jetzt wieder auftauchenden nationalstiftischen Welle mit aller Kraft entgegenzusehen. Lebhafter Beifall scholl durch den Raum, als der Appell ertönte: Nie wieder Krieg!

Einigung im Tapezierergewerbe.

Die organisierten Tapezierer Groß-Berlins hielten am Montagabend in Börsers Festsaal eine Mitgliederversammlung ab, in der Kiehmeyer von der Branchenleitung den Geschäfts- und Jahresbericht erstattete. Der Redner verbreitete sich in seinen Ausführungen eingehend über die Lohnkämpfe im verflochtenen Jahre und wies darauf hin, daß die Kollegenschaft im neuen Jahre voraussichtlich noch viel schwerere Kämpfe durchzuführen habe.

Nach dem Referat wurde zur Neuwahl der Branchenleiter geschritten. Gewählt wurden Kiehmeyer, Otto, Ebert, Schwarz und Siefer. Ferner wurde eine Neuwahl der Schlichtungskommission vorgenommen.

Hierauf berichtete Otto über die Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern vor dem Demobilisationskommissar, der von der Organisation angerufen wurde, nachdem der Spruch des Schlichtungsausschusses von der Kollegenschaft abgelehnt war. Die Arbeitgeber erklärten sich vor dem „Demo“ bereit, für die Zeit vom 6. bis 15. Januar an Junggehilfen 236 M., Gehilfen 400 M., gelernte Näherinnen 308 M. und ungelernete 216 M. zu zahlen und für die zweite Januarhälfte diese Löhne auf 312,50, 470, 363,50 und 263,25 M. zu erhöhen. — Nach einer längeren Aussprache wurden diese Zugeständnisse von der Versammlung angenommen.

Wirtschaft

Die polnischen Konsumgenossenschaften im Jahre 1921. Der Verband der polnischen Konsumgenossenschaften (ZPS) macht in seinem letzten Jahresbericht Mitteilung von weiteren Fortschritten der angeschlossenen Vereine. Diese wurden gefördert durch die den Genossenschaften günstige neuere Gesetzgebung. Der Genossenschaftsbewegung werden 3 B. steuerliche Vergünstigungen gewährt. Soweit ihr Reingewinn 10 Proz. nicht übersteigt, zahlen sie keine Gewinnsteuer, auch werden sie nicht zur Leistung des Rotapfens oder der sogenannten Rationalabgabe herangezogen. Besondere Erleichterungen schuf das Gesetz vom 7. April 1921, um den Zusammenschluß der Genossenschaften zu erleichtern. Dieser ist in Zukunft möglich, wenn die Rechnungsabschlüsse geprüft wurden und die Generalversammlung einen entsprechenden Beschluß faßt. So haben sich schon in Warschau selbst die drei größten Konsumgenossenschaften, von denen eine schon 1869 gegründet wurde, zu einem einzigen Verein zusammengeschlossen, der 11 236 Mitglieder und ein Kapital von 10 Millionen Mark besitzt. Er unterhält 34 Warenverteilungsstellen und eine eigene Bäckerei. Infolge solcher Zusammenschlüsse ist die Zahl der angeschlossenen Vereine im Rückgang begriffen: Von 1058 im Jahre 1920 auf 1049 im Jahre 1921. Die Zahl der Einzelmilitglieder des Verbandes und dieser Bezirksverbände stieg im Berichtsjahre von 347 459 auf 348 500, der Umsatz von 757 Millionen auf 4943 Millionen polnische Mark. Allerdings ist die Umsatzsteigerung zum erheblichen Teile auf die Geldentwertung zurückzuführen. Seit 1920 betreibt der Verband auch Eigenproduktion durch eine Seifenfabrik, die im letzten Jahre eine Erzeugung von 300 000 Kilogramm aufwies. Seitdem ist die Bewirtschaftung von 200 Hektaren Land, die die Regierung zur Verfügung stellte, hinzugekommen. Es ist beachtlich, das Land vornehmlich zur Geflügelzucht und Eiergewinnung zu verwenden. Durch in größerem Umfang betriebene Forstwirtschaft will man Ausfuhrgegenstände gewinnen, um die zum Ankauf fremder Waren nötigen Devisen aufzubringen. Solche Forstprodukte wurden im letzten Jahre für 7 1/2 Millionen Mark gewonnen. In den letzten beiden Monaten des Jahres wurden Hölzer, Früchte, Zwiebeln usw. für 48 Millionen Mark ausgeführt. In London unterhält der Verband zu diesem Zweck eine besondere Handelsvertretung.

Bestandteile für den redakt. Teil: Bildes Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Giese, Berlin. Verlag: Formschütz-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Formschütz-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2.

Gold-, Silber-, Platin-Bruch
zahlt unübertreffbare Preise
an zu schätzbarsten Gegenständen
Trauringfabrik R. Felske,
Grosse Frankfurter Strasse 67.

Max Busse
Gegründet 1878.
Neu eröffnet **Ankaufsabteilung** Neu eröffnet
für
Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Brillanten
gegenüber dem altbekannten
Haupt-Geschäft
Brunnenstraße 18
an der Invalidenstraße.

Zahngelbisse
auch einzelne Zähne kauft zum höchsten Tageskurs
sowie
Gold-, Silber-, Platin-Bruch
sämtliche Schmuck-gegenstände
zerbrochene Gegenstände genau demselben Wert, nur
Barheine Edelmetallverwertung
2 Invalidenstr. 2 v. I. rechts, kein Laden
Eingang Elisabethkirchstrasse
9 Kopenhagener Strasse 9 (Laden)
2 Minuten vom Bahnhof Schönhauser Allee.

Gold Silber-Platin
Gegenstände, Bruch
Zahngelbisse
kaufen zu unübertreffbaren
Preisen
Gebrüder Fuhrmann
Nollendorfstr. 39.

Erich Fuhrmann
Handelsgesellschaftlich eingetragene Firma
kauft **Gold-, Silber-, Platin-Bruch**
auch **Brillanten - Zahngelbisse**
Berlin NW 87 **Nur Gotzkowskystr. 13**

Bettwäsche-fabrik.
Inventur-Ausverkauf
nur noch bis 20. Januar.
Wir haben unsere sämtlichen
Waren in:
Bettwäsche,
Laken, Handtücher, Bettbezüge,
Kissen, Bettgarnituren bestickt
und Einsatz, Damaste, Hemden-
tüche, Inlette, Kaffeedecken, Tisch-
decken um 16 Proz. herabgesetzt.
Bitte sich unbedingt von uns
Angeb. persönl. zu überzeugen.

Kühl & Kupferberg,
Berlin, Invalidenstr. 5 (Ecke Berg-
straße) 2 Min. v. Stett. Bahnh.
Bitte genau auf Nr. 6 achten.
6 Billigkeit zu überzeugen.

86 Gartenstr. 86
Zahngelbisse
Gold, Silber-Bruch, Platin
kauft zu höchstem Tageskurs
Paul Schneider, Juwelier
86 Gartenstr. 86
Der weiteste Weg zu mir lohnt sich!

Gold Silber-Bruch
Platin
Brillanten, Zahngelbisse, Familien-
schmuck kauft
reell zu höchsten
Tageskursen
S. BICK
Uhrm. - Juwelier
Andreassstr. 37.

Juwelen,
Gold- und
Silber-Bruch
kauft zum höchsten
Tagespreis
Leihhaus Zehden,
Karstr. 24.

Gold Silber-Platin
Brillanten
kauft reell zu
höchstem
Tageskursen
C. Käferle
Uhrmacher - Juwelier
Frankfurter Allee 278

Edelmetall-
schmelze
E. Seeger, Putlitzstr. 19
kauft
Gold-, Platin-, Silber-Bruch
Zahngelbisse.
Besonders hohe Kurse, da warmer Bedarf.

Preiswert:
Leder
Berthold Kuttner
Lederhandlung
BERLIN SO 26
Reichenberger Str. 14
Von 1-3 Uhr geschlossen.

Verkaufen Sie
keine
Brillanten
besonders große Objekte, ohne
unsere - unübertreffbaren -
sehr hohen Auslands-An-
kaufpreise zu hören. Wir
kaufen und suchen drin-
gend große Steine, Perlen,
Perlschüre, Smaragde, Gold-
Uhren, Ketten, Ringe, Platin,
Gold- und Silbergegenstände.
Brillant. b. 1/4 Mill. M. pro Kar.
Gold. Uhr. n. 200 000 M. u. höher.
Sofortige Barauszahlung ohne
Luxussteuerabzug!
Kostenlos reelle Taxen gern
und bereitwillig.
„Verlust erleiden Sie stets,
wenn Sie nicht zu uns kommen.“
Berliner Juwelen-
Verwertungs-Haus
Potsdamer Str. 118,
direkt an der Lützowstraße
9-7 Uhr, Lützow 2760.
Finale Lützowstr. 92.

EVEREST
Zigarettenfabrik G. m. b. H.
Gitschiner Straße 26
Zigaretten zu 8, 10, 15 M.
Reiz fürstlicher Tabak. Nicht an Wiederverkäufer.

Berufen Sie sich auf die von der
Konkurrenz in den Schaufenstern er-
gebene Preise. Ich zahle Ihnen
bestimmte mehr für
alle Gebisse, Uhren, Ketten,
Ringe usw. aus
Gold, Silber, Platin.
Erste Ankaufsstelle des Südostens
Metallkontor Zybur,
Trepow, Grätzstraße 46,
Engage Wildenbrunnstr. 11. Fahrpl. 10/11

Alle Gebisse auch zer-
brochene
pro Zahn 1200, 1500 bis 80 000 M.
Gold-, Dublet-, Silberbruch; auch
zum Tageskurs Zahn-Ankaufsstelle
B. Zymelski, Welzenburger Straße 32.
Zahngelbisse
einzelne Zähne, auch zerbrochene,
Gold- und Silberbruch, Brillanten,
Uhren, Ketten, Ringe kauft
Malitzki & Weiss
Warschauer Str. 5, a. d. Frankf. Allee.

Platin-, Gold- und Silberbruch
Zahngelbisse, Uhren, Ketten, Ringe
sowie
sämtl. **Altmetalle** kauft zu
Engrospreisen
M. ZEISKE
Berlin O., Schreinerstr. 32
(Laden)
1 Minute vom Bf. Frankf. Allee
— Fahrpl. 10/11 —
Größtes Absatzgebiet für Händler

Einkauf von Brillanten,
Perlen, Smaragde, Platin, Gold-
und Silberbruch, sowie Uhren, Ketten u. Ringe,
Schapiro, Neue Königstr. 19a, im Laden.

Für Gold-, Silber-,
Platin-Bruch
Zahngelbisse
zahlt unübertreffbare Preise
Uhrmacherwerkstatt
Tilsiter Straße 8

Zinn Silber-Bruch
Quecksilber
Blei, Kupfer, Platin
usw.
kauft 3. Engrospreise
Scharow, Lange Str. 35
an Schöneberg Bahnh.

Resthandl.
Haarpuder
Goltzstr. 7 a. L. Ein-
weidende
Sonne- u. Damenstift.
Seiden, Samt,
sämtliche Futterstoffe
bedeutend unter Preis

Möbel
kaufen Sie
sehr vorteilhaft
bei
G. Camnitzer,
Schöne Allee 82,
Ecke Wicherstr.
Hochb. Nordr.
Auf Wunsch
Zahlungser-
leichterung

Metall unübertreffbare
Preise
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing,
Blei, Zink etc.
Tellzahlung
Auf Wunsch, Polierwerk-
stätten, Berlin, Potsdamer
Str. 231.